



HESSISCHER LANDTAG

11. 05. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend Aufmarsch einer faschistischen Organisation in
Wiesbaden am 65. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt, dass am Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus in Wiesbaden ein faschistischer Aufmarsch stattfand. Es stellt eine Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus dar, wenn ausgerechnet an diesem Gedenktage Faschisten an Stolpersteinen als Orten des Gedenkens vorbeimarschieren, antisemitische Parolen schreien und ein wegen Volksverhetzung verurteilter Redner das "Gestern" als mögliches "Morgen" beschwört.
2. Der Landtag spricht dem "Rhein-Main-Bündnis 8. Mai gegen den Naziaufmarsch" seinen Dank aus, dass es bereit und entschlossen unter der Beteiligung von über 50 Organisationen einige Tausend Menschen mobilisiert und hiermit ein Zeichen für Toleranz und Freiheit, gegen Rassismus und Faschismus in Wiesbaden gesetzt hat.
3. Der Landtag kritisiert die Entscheidung der Stadt Wiesbaden, Faschisten mit Wiesbaden-Erbenheim sehr frühzeitig einen ganzen Stadtteil für den Aufmarsch zur Verfügung gestellt und abgesichert zu haben. Ein übliches Demonstrationsverbot seitens der Stadt wäre ein wichtiges und richtiges politisches Signal der Ablehnung gewesen. So aber hatten die Faschisten einen außergewöhnlich langen Vorlauf und Planungssicherheit und konnten entsprechend mobilisieren.
4. Der Landtag verurteilt den martialischen Polizeieinsatz gegen den anti-faschistischen Protest. Die zeitweise Abriegelung durch Erschwerung der Anreise zur und zum Verlassen der Demonstration, die Verweigerung genehmigter Demonstrationsflächen, mangelnde Kommunikationsbereitschaft seitens der Polizeileitung und der Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray gegen friedliche Demonstranten war unverhältnismäßig und ungerechtfertigt.

Wiesbaden, 11. Mai 2010

Der Parl. Geschäftsführer:
Schaus